



Stéphanie Baechler. Bild ce/a

Eine Designerin nutzt das Atelier Tinguely

Die Designerin Stéphanie Baechler aus Courtaman wird ab September ein Jahr im Künstleratelier «Jean Tinguely» in Paris leben und arbeiten.

FREIBURG Die kantonale Direktion für Erziehung, Kultur und Sport hat das Pariser Künstleratelier «Jean Tinguely» für die Zeit von September 2016 bis August 2017 an die Freiburger Designerin und Keramikerin Stéphanie Baechler vergeben. Die 32-Jährige aus Courtaman hat Textil- und Modedesign studiert, befasst sich aber schon seit einiger Zeit auch mit Keramik und Fotografie. In ihren von der Textilwelt inspirierten Keramikinstallationen stellt sie die hektische Modewelt der Bewegungslosigkeit ihrer Skulpturen gegenüber. Diesen Ansatz will sie während ihres Aufenthalts in Paris weiterentwickeln. Zudem bietet sie ihr die Gelegenheit, berufliche Kontakte zu knüpfen, schreibt die Erziehungsdirektion in einer Medienmitteilung.

Mehrfach preisgekrönt

Stéphanie Baechler studierte Textildesign an der Luzerner Hochschule für Design und Kunst, wo sie 2008 den Bachelor erwarb. 2013 schloss sie ein Masterstudium an der niederländischen Kunsthochschule ArtEZ ab. Seit 2015 ist sie Assistentin an der Genfer Hochschule für Kunst und Design. Ihre Arbeiten stellt sie regelmässig in der Schweiz und im Ausland aus. Sie hat dafür bereits mehrere Preise erhalten, darunter drei Mal den Federal Swiss Design Award.

Das Atelier «Jean Tinguely» in Paris haben Kanton und Stadt Freiburg 1985 gemeinsam erworben. Im Wechsel stellen sie den 35 Quadratmeter grossen Wohn- und Arbeitsraum professionellen Freiburger Kunstschaffenden zur Verfügung. cs

Reklame

Die CVP-Ehe-Initiative kostet uns alle 2,3 Mia. und kommt nur 80'000 gutverdienenden Ehepaaren zugute!

98% der Steuerzahler bezahlen

2,3 Mia. Steuergeschenk

für nur 2% der Steuerzahler

NEIN zur unsozialen CVP-Ehe-Initiative

am 28.2.2016 www.nein-cvp-initiative.ch

Murten erhält neue LED-Lampen

Für insgesamt 450 000 Franken ersetzt die Gemeinde Murten die alten Quecksilber-Dampflampen mit neuen LED-Leuchten. Der **Generalrat** hat den Rahmenkredit einstimmig genehmigt. Diskutiert hat er über etwas anderes.

FAHRETTIN CALISLAR

Das Ergebnis war deutlich: einstimmig. Der Generalrat Murten hiess gestern Abend die Beschaffung neuer LED-Leuchten und deren Installation für den Ersatz der veralteten Quecksilber-Dampflampen gut. Über das Bedürfnis herrschte Einigkeit. Denn die alten Lampen sind ineffizient, ihre Produktion und der Vertrieb sind verboten, wie Gemeinderätin Ursula Schneider Schüttel (SP) betonte.

Thomas Bula (FDP) sprach sich für die Aufhebung der im Herbst 2013 eingeführten Nachtabschaltung der öffentlichen Beleuchtung oder zumindest die Installierung einer Dimm-Funktion und von Bewegungsmeldern aus. Dafür reichte er eine Interpellation ein. Susi Moser (SVP) drückte ihre Hoffnung aus, dass dimmbare Lampen mit der Zeit die Nachtabschaltung ersetzen würden. Martin Leu (GLP) bestätigte, dass mit den Nachrüstungen Kosten gespart werden könnten, ohne ganz im Dunkeln gehen zu müssen. Schneider Schüttel entgegnete, die Nachtabschaltung stehe nicht zur Diskussion. Nicht nur, dass mit einer Mischung von dimmbaren und nicht dimmbaren Lampen ein Flickenteppich mit Lichtreduktion und Abschaltung entstehen würde, auch seien mit der Ergänzung der Lampen mit neuen Steuerungen – und erst recht mit Bewegungsmeldern – Folgekosten von 150 000 Franken und mehr zu erwarten. Cyrill Pfeningger (SP) sagte, eine Dimmfunktion sei nicht nötig und würde die Kosten massiv erhöhen, so dass der Kredit nicht für den Ersatz aller alten Lampen reichen würde. Der Generalrat folgte seiner Finanzkommission und hiess den Rahmenkredit gut.

«Nicht nur durchwinken»

Dem Generalrat lagen die Anpassungen von nicht weni-



Der Generalrat Murten beschäftigte sich gestern intensiv mit der Überarbeitung von Reglementen.

Bild Aldo Ellena

ger als 15 Reglementen vor. Ihre Gültigkeit sollte von der Kerngemeinde Murten auf die neuen Ortsteile ausgeweitet werden. Doch zu Beginn der Sitzung stellte Urs Kramer (FDP) den Antrag, das ganze Traktandum auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben. Die Ausarbeitung von Reglementen sei eine wichtige Aufgabe des Parlamentes, und für eine seriöse Behandlung der 15 Reglemente habe die Zeit gefehlt. «Wir wollen sie nicht nur durchwinken.»

Martin Leu (GLP) stellte sich hinter den Antrag. Allfällige Zweifelsfälle seien geregelt. So erhalten die Neu-Murtner schon mit den bestehenden Regeln einen Einheimischen-Rabatt bei den Hafentarifen

zugestanden. Es bestünden weder Zeitdruck noch Rechtsunsicherheit.

Stadtpräsident Christian Brechbühl (FDP) konterte, dass sehr wohl Zeitdruck bestehe, und ohne überarbeitete Reglemente bestehe tatsächliche Rechtsunsicherheit. «Es ist wichtig, dass alle Reglemente auf dem neuesten Stand sind, um die Gleichbehandlung aller Bürger zu gewährleisten.» Sonst müsse man in der Gemeindeverwaltung Murten bis zu fünf verschiedene Reglemente anwenden, zum Beispiel bei Baubewilligungsverfahren, der Hundehaltung oder beim Feuerwehersatz. In jedem Fall müsse der Bürger, der sich an die Verwaltung wende, zuerst gefragt werden, woher er genau komme. Der

Gemeinderat habe die Anpassungen unsichtig angegangen, so Brechbühl. Mit der Überarbeitung der Reglemente könne man den Verwaltungsbetrieb ordentlich weiterführen. George Riesen (SP, Courlevon) unterstützte ihn. Die Bevölkerung der neuen Ortsteile erwarte diese Anpassungen.

Fast geschlossen waren FDP sowie CVP und GLP für den Antrag auf Verschiebung, SP und SVP dagegen. Letztere setzten sich knapp mit 23 zu 22 Stimmen bei zwei Enthaltungen durch.

Sowohl die Budgetdebatte als auch die Überarbeitung der Reglemente gingen nach Redaktionsschluss weiter. Die FN berichten morgen über den zweiten Teil der Sitzung.

Zahlen und Fakten Eine halbe Million für Lampen

Vorgesehen ist der Ersatz der alten Quecksilber-Dampflampen in der öffentlichen Beleuchtung der Kerngemeinde Murten durch moderne LED-Lampen. Die alte Technologie bildet einen Viertel der heutigen Strassenbeleuchtung, rund 300 von 1200 Lampen. Der gestern genehmigte Kredit sieht vor, dass während den nächsten drei Jahren rund 150 000 Franken pro Jahr für den Ersatz aufgeworfen werden. Dafür müssen jeweils die oberen Teile der Kandleber ersetzt werden. fca

«GAM2017» ist lanciert

Im September 2017, elf Jahre nach der letzten, findet in Murten wieder eine Gewerbeausstellung statt.

MURTEN Das Organisationskomitee (OK) unter der Leitung von Präsident Christian Haldimann hat laut einer Mitteilung den Startschuss für die Gewerbeausstellung Murten (GAM) 2017 gegeben. Diese findet vom 14. bis zum 17. September 2017 statt, und nicht – wie im Vorfeld zu lesen war – bereits im April 2017. Im selben Jahr feiert der Gewerbeverein Murten und Umgebung sein 150-Jahr-Jubiläum. Er verantwortet den Anlass.

Das OK sass im September 2014 erstmals zusammen. Es hat mehrere Arbeitsgruppen ins Leben gerufen und ein Logo für die Ausstellung gestaltet. Dieses symbolisiert die Plattform, die dem regionalen Gewerbe mit der GAM zur Verfügung steht, um sich präsentieren zu können. Dem Nachwuchs und der wichtigen Rolle des Gewerbes als Ausbildungsstätte falle an der nächsten GAM ein besonderer Teil zu.

Die letzte Murtner Gewerbeausstellung fand im September

2006 auf dem Gelände des Merlachfelds statt, als dieses noch nicht bebaut war. 20 000 Personen besuchten damals die Gewerbeausstellung, das OK war noch von einer Zielmarke von 10 000 Besuchern ausgegangen. Über 150 Aussteller präsentierten ihre Dienstleistungen. Schon damals war Haldimann, Geschäftsführer des gleichnamigen Entsorgungsunternehmens, OK-Präsident. Das zwei Hektaren grosse Ausstellungsgelände für die GAM2017 wird unweit des Arealen der letzten Austragung im Westen von Murten an der Kantonsstrasse Richtung Pfauen (Faoug) im Quartier Fin de Mossard liegen.

Der Internetauftritt der Ausstellung ist aufgeschaltet. Die Ausschreibung an die lokalen und regionalen Gewerbetreibenden folgt laut der Mitteilung diesen Herbst. Das OK hat für den 27. September eine Informationsveranstaltung angesetzt. fca

www.gam2017.ch

Kritik an Permanence-Entscheid

Es wird wohl keinen 24-Stunden-Betrieb in der Permanence im Spital Merlach geben. Die SVP des Seebezirks wehrt sich gegen den Entscheid, den das HFR gefällt haben soll.

FAHRETTIN CALISLAR

MURTEN Das Freiburger Spital (HFR) hat laut einem offenen Brief der SVP See an die Gesundheitsdirektion beschlossen, die Öffnungszeiten der Permanence im Spital Merlach auch über die Wiedereröffnung Anfang April hinaus zu beschränken. HFR-Sprecherin Jeannette Portmann bestätigt zwar, dass es fixe Öffnungszeiten geben werde, zu Details werde sich das HFR Mitte März äussern. Seit Jahren werden die Öffnungszeiten der Permanence diskutiert. Die Gesundheitsdirektion hatte mit Beginn der Sanierungsarbeiten am Spital in Aussicht gestellt, dass die Permanence nach der Wiedereröffnung wieder einen 24-Stunden-Betrieb einführt.

Drei Jahre Versuchsbetrieb?

Die SVP verweist darauf, dass die Bevölkerung des Seebezirks 2012 dem Umbaukredit zugestimmt habe in der Erwartung, dass das Spital ge-

stärkt und die Permanence – wie der Name schon sage – ständig offen sein würde. Dieses «Versprechen» werde gebrochen. Die SVP fordert, dass der 24-Stunden-Betrieb mindestens für die nächsten drei Jahre sichergestellt werden müsse. Dann sollten das Bedürfnis und die Kosten analysiert werden. «Wir wollen mit dieser Probezeit nachweisen, dass der 24-Stunden-Betrieb keine grossen Mehrkosten verursacht», sagt Werner Zürcher, Alt-Grossrat und Ex-Präsident des Akutversorgungsvereins, der sich jahrelang für das Spital starkgemacht hatte. Die SVP verweist auf die steigenden Kosten für die ausserkantonale Spitalpflege. Mit dem 24-Stunden-Betrieb könne das HFR Gegensteuer geben.

«Bedauerlich, aber logisch»

FDP-Gesundheitspolitiker Markus Ith bedauert den Entscheid, weist aber auf den Auftrag des HFR hin, ihre Dienste wirtschaftlich anzubieten. Das

«Versprechen» im Vorfeld der Abstimmung sei vor fünf Jahren abgegeben worden, die Bedingungen änderten sich. «Der Entscheid kommt aber zu einem ungünstigen Zeitpunkt.» Kurz vor der Wiedereröffnung, mitten in der Euphorie über ein modernes, ausgebauten Spital, sei der Beschluss ein Dämpfer, ein falsches Signal gegenüber der Bevölkerung. Er befürchte, dass die Attraktivität des Spitals darunter leiden könnte. «Da wurde eine Chance verpasst.»

Bernadette Hänni (SP) bestätigt, dass die Wirtschaftlichkeit eines ärztlichen Dienstes für im Schnitt mit einem Patienten pro Nacht nicht gegeben ist. Die Permanence sei ein Bedürfnis. Ein Angebot in der Nacht wäre zwar willkommen, aber keine Priorität. «Ich finde den Entscheid schade, aber logisch.» Sie könne sich vorstellen, dass ein privates Projekt in den Räumen des Spitals die Dienstleistung einer 24-Stunden-Permanence aufrechterhalten könnte. fca